### Jürgen Herres

# Köln in preußischer Zeit

1815-1871



### Inhalt

	Förderer des Gesamtwerks der »Geschichte der Stadt Köln«	IX
	Einleitung	1
1.	Das »finstere« Köln – Stadtbild und Stadtraum	13
2.	Preußische Besitzergreifung und erste Nachkriegsjahre	36
	a. » und nenne Euch Preußen!«	38
	b. » da heiraten wir in eine arme Familie!«	42
	c. Eine Kölner Deputation in Paris (1815)	45
	d. Die preußische Verwaltung nimmt ihre Arbeit auf	53
	e. Die Teuerungs- und Hungerkrise von 1816/17	56
	f. Die Verfassungsbewegung von 1817	60
	g. »Man müßte den Berliner Schuften Gift und Dolch in	
	die Kehlen wünschen!«	64
3.	»Dampf und Wunder sind jetzt synonym«	74
	a. Köln als Justizstadt	75
	b. Die »Erfindung« des modernen Karnevals	84
	c. Die Anfänge der Dampfschifffahrt	93
	d. Lebensverhältnisse und soziale Realitäten	97
	e. Die Reorganisation der katholischen Kirche	101
	f. Eine Zeit entpolitisierten Stillhaltens?	109
4.	Die dreißiger Jahre – Eisenbahn und Kirchenstreit	118
	a. Die »cölnische Revolution« von 1830	120
	b. Die Aufhebung des Stapels	130
	c. Handwerkliche und frühindustrielle Wirtschaftsinitiativen	135

	d. Staatsbürger oder Stadtbürger?	141
	e. Das »Kölner Ereignis« von 1837	147
	f. »Vorwärts!« – der Beginn des Eisenbahnzeitalters	156
	Köln im Vormärz	168
	a. Das Dombaufest von 1842	173
	b. Die »Rheinische Zeitung« und	
	der »Heißhunger nach Öffentlichkeit«	188
	c. Gesellschaft in Bewegung	196
	d. Der »Kölnische Communismus« von 1844/45	207
	e. Die »Kölner Ereignisse« vom 3./4. August 1846	210
	f. Die Kommunalwahlen von 1846	218
	g. Der »riesenhafte Aufschwung« und	
	die Bau- und Wirtschaftskrise von 1846/47	226
í.	Die Revolution von 1848/49	237
	a. Soziale Proteste und politische Bürger- und	
	Volksbewegungen	243
	b. Von der Märzrevolution zu den ersten freien Wahlen	255
	c. Der »rasende Enthusiasmus des Augenblicks«	
	im Sommer 1848	263
	d. Von der Steuerverweigerung zur Reichsverfassungs-	
	kampagne	277
·	Von der Reaktion zur Reichseinigung von 1870/71	289
	a. Die »Reaktion der alten Provinzen«	289
	» siebenzig und wieder siebenzig Mal Amen«	290
	Der Kölner Kommunistenprozess von 1852	295
	» auf alte Art Köln zu loben«	299
	Die Rheinische Städteordnung von 1856	304
	b. Die kurze »Neue Ära«	307
	c. Der Verfassungskonflikt	313
	Vom Nationalverein zur Fortschrittspartei	314
	Zwischen Berlin und Rom	322
	Zentrum des »passiven Widerstands«	324
	d. »Wir wollen keinen deutschen Bruderkrieg«	331
	e. Die ersten Reichstagswahlen von 1867	335
	f. Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71	341

8. Wirtschafts- und Sozialgeschichte	352
a. Die Bevölkerung	354
b. Aktionäre, Erfinder und industrielle Unternehmer	357
c. »Verkehrskreuz des Westens«	363
d. Eine sozialstatistische Momentaufnahme von 1852	366
e. »Kauffrauen«, Fabrikarbeiterinnen und Dienstmädchen	373
f. Kindheit und Kinderarbeit	379
9. Kulturelles und religiöses Leben	384
a. Zwischen Bildungs- und Unterhaltungskultur	384
b. Religiosität und »Konfessionalisierung«	394
10. Das »großstädtische« Köln –	
Stadtbild, Stadtraum und Stadterweiterung	407
Schluss	421
Anhang	
Abkürzungen	429
Anmerkungen	431
Bibliografische Hinweise	469
Personenregister	486
Sachregister	495
P.11 1 .	
Bildnachweis	503

### Einleitung

Jahrhundertelang war der langarmige Baukran auf dem Südturm des Doms Wahrzeichen der Stadt Köln. Auf vielen Zeichnungen, Gemälden und auf den ersten Fotografien ist er zu sehen. Zu hohen Festen und Monarchenbesuchen schmückte und beleuchtete man ihn. 1848 trug er die schwarz-rot-goldene Revolutionsfahne. In seinem Roman »Moby Dick« erwähnt der amerikanische Schriftsteller Herman Melville, der Köln 1849 besuchte, den immerwährenden Kran als Synonym für ein großes, unvollendetes Werk. Mit dem Kran hatte man die auf dem Drachenfels gebrochenen Steine hinaufgewunden. Obwohl längst morsch und fast gebrauchsunfähig, wurde er im 19. Jahrhundert zum Symbol der Entschlossenheit von Bürgerschaft, preußischem Staat und katholischer Kirche, die gotische Kathedrale nach den mittelalterlichen Plänen fertigzustellen. Demonstrativ wurde am 4. September 1842 mit dem Tretradkran noch einmal ein mächtiger Steinquader in die Höhe befördert. Ende 1868 baute man den hölzernen Kran ab und ersetzte ihn durch eine Dampfmaschine. Nun signalisierte von Weitem eine Dampfwolke, wahrscheinlich nicht mehr als ein dünner Faden, dass eine neue Zeit begonnen hatte. In vier Minuten beförderte die mit acht Pferdestärken ausgestattete Maschine Steinmassen von bis zu neunzig Zentnern Gewicht auf die Spitze der inzwischen immerhin fast sechzig Meter hohen Türme. Den alten Baukran verewigte man noch einmal in eindrucksvollen Fotos, nicht jedoch die neue Apparatur. Dampfmaschinen waren längst alltäglich geworden.

Im langen 19. Jahrhundert erlebte Köln eine dramatische Entwicklung hin zu einer modernen Großstadt. In Band 8 dieser Stadtgeschichte schildert Klaus Müller den Einbruch der französischen Revolutionstruppen 1794 in das noch mittelalterlich geprägte Köln. Die sechs Jahrzehnte von 1815 bis 1871, mit denen sich der vorliegende Band der Kölner Stadtge-

1

schichte beschäftigt, werden hier vor allem als eine Art Gründerzeitalter herausgestellt.² Zwischen Biedermeier und Reichsgründung begann sich die uns bekannte Welt der industriell hergestellten Produkte und der maschinell gelenkten menschlichen Arbeit zu entwickeln. In Wirtschaft, Kultur, Politik und Religion werden entscheidende Aufbrüche und Weichenstellungen sichtbar, Anfänge, Ansätze und Wegbereitungen, deren Weiterentwicklung oder gar Vollendung offen, aber auch umstritten blieb.

Als am 8. Februar 1815 auf dem Wiener Kongress die ehemalige Reichsstadt Köln der preußischen Monarchie zugeschlagen wurde, stand der Dom noch als Torso wie vor mehr als einem Vierteljahrtausend, als die Bauarbeiten eingestellt worden waren. Nur der prächtige Chor mit den umgebenden sieben Kapellen war vollendet und 1322 eingeweiht worden. Bis zur symbolischen Gründung des Deutschen Reichs am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles erreichte der nördliche Turm, jahrhundertelang nur vier bis fünf Mann hoch, immerhin die Höhe des Südturms, der auch erst auf zwei Drittel seiner geplanten Höhe angewachsen war. Mittel- und Seitenschiffe wurden ausgebaut, das Dominnere fertiggestellt und die Zwischenwand abgebrochen, die Chor und Kirchenschiff seit dem 14. Jahrhundert getrennt hatte. Vollendet wurde die Kathedrale jedoch erst zehn Jahre später. 1880, in der Hochindustrialisierung, erreichten die beiden Türme schließlich ihre heutige Höhe.

Kölns Geschichte im 19. Jahrhundert ist die Geschichte einer Stadt in einem wichtigen europäischen Industrialisierungsraum, der deutlich zivilgesellschaftlich-westlich geprägt war und enge Verbindungen zu Holland, Belgien, Frankreich und England aufwies. Die französische Verwaltung, die fast zwanzig Jahre lang, von 1794 bis Januar 1814, die Geschicke der Stadt gelenkt hatte, hatte in allen Lebensbereichen, im Verwaltungs-, Rechtsund Kirchenwesen, grundlegende Neuerungen in Gang gesetzt, die Köln und dem westlichen Rheinland noch bis in die siebziger Jahre einen Entwicklungsvorsprung insbesondere gegenüber dem ostelbischen, agrarisch geprägten, protestantischen Altpreußen sicherten. Die rheinische Gesellschaft war eine Bürgergesellschaft, in der Eigeninitiative und Assoziationen, freiwillige und selbständige Verbindungen, in vieler Hinsicht wichtiger waren als staatliche Institutionen.

Es ist aber auch die Geschichte der Integration in einen der Teilstaaten des Deutschen Bundes. Preußen, das aus den Kriegen gegen Napoleon letztlich gestärkt und mit neuem Selbstbewusstsein als zweite deutsche Großmacht neben Österreich hervorgegangen war, galt als Modell eines autoritären Verwaltungsstaates, der den Anspruch hatte, gestützt auf eine

aufgeklärte Reformbürokratie effizient und effektiv das Allgemeininteresse zu vertreten. Beide Entwicklungen, der durch die Industrialisierung ausgelöste wirtschaftliche und soziale Wandel – ein Wachstumsprozess – wie die Integration in den preußischen Staat, beeinflussten sich gegenseitig. Es waren komplexe und relativ fragile Prozesse, die von großen Spannungen und ernsten Konflikten begleitet waren. Die zentralstaatlichen Anpassungs- und Integrationsansprüche trafen auf städtische – und auch regionale – Mitspracheforderungen und politische Emanzipationswünsche alter und neuer gesellschaftlicher Großgruppen.

Stadtgeschichte ist in einem engeren und in einem weiteren Sinne zu sehen. Jede Stadt ist stets auch Teil eines größeren Ganzen, das vielfältigen Einfluss nimmt auf ihre historische Entwicklung. Davon machte Köln im 19. Jahrhundert keine Ausnahme. Berücksichtigt werden deshalb hier der Raum, der durch die Stadt und ihr Umland gebildet wurde, die Menschen, die ihn formten und veränderten, und nicht zuletzt die Beziehungen, in denen die Stadt stand und durch die sie in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht geprägt wurde, aber auch nach außen wirkte.

Während andernorts mit der Schleifung der Stadtmauern eine Entgrenzung des Städtischen und eine Ausdehnung auf das Umland einsetzte, blieb Köln bis 1881 auf den halbkreisförmigen Raum zwischen mittelalterlicher Stadtmauer und Rhein begrenzt. Entscheidend dafür war der bereits 1815 begonnene Ausbau der Stadt zu einer der stärksten Festungen des preußischen Westens, ein massiver Eingriff in Stadtraum und Stadtplanung, der unter Verantwortung der Militärbehörden stattfand. Bis in die vierziger Jahre wurden rund um die - durch Erdwerke und Gräben verstärkte -Stadtmauer moderne Forts gebaut. Auch das rechtsrheinische Deutz, bis 1888 eine selbständige Stadt, wurde in diesen Festungsring eingebunden. Der Raum zwischen Stadtmauer und Forts, die dem Bischofsweg – der Kölner Stadtgrenze – vorgelagert waren, durfte nicht bebaut werden und stand nur für eine landwirtschaftliche Nutzung zur Verfügung. Der städtische Raum wurde quasi eingefroren und verstärkt zum Umland abgegrenzt. Ohne hemmende Festungseigenschaft, behauptete die Stadtverwaltung 1880 in einer Denkschrift, würde Köln schon in dem ersten halben Jahrhunderte preußischer Herrschaft für die rheinisch-westfälische Gewerbethätigkeit nicht bloß ein großer Arbeitsplatz, sondern auch die jetzt noch immer fehlende selbständige Vermittlerin mit dem Weltmarkte geworden sein.3

Nichtsdestoweniger unterlag der städtische Raum tiefgreifenden Veränderungen, zu denen die ungeheure Vermögens- und Besitzumschichtung infolge der Säkularisation von 1802 die notwendigen Voraussetzungen ge-

2 Einleitung Einleitung 3

schaffen hatte.<sup>4</sup> Den großbürgerlichen und sogar den mittelständischen und kleingewerblichen Bevölkerungsschichten eröffnete die Einziehung des kirchlichen Grundbesitzes neue Chancen. Vom französischen Staat erwarb die Kölner Bevölkerung bis 1813 für fast sechs Millionen Francs ehemaliges Kirchengut. Zu Beginn der preußischen Zeit stand noch rund ein Drittel des säkularisierten Kirchenguts zum Verkauf, nicht zuletzt in der näheren Umgebung von Köln.<sup>5</sup> Eine liberalisierte Gesellschaft von Hausund Grundeigentümern war damit ein Stück weit Realität geworden.

In den ersten beiden Dritteln des 19. Jahrhunderts fand eine stadträumliche Verdichtung statt, die als »erste nachmittelalterliche Stadterweiterung« bezeichnet wird.6 Das Markt- und Wirtschaftszentrum, das auf die Römerstadt und die sie umlagernden Siedlungen von Handwerkern und kleinen Gewerbetreibenden zurückgeführt werden kann, entwickelte sich zur »City«, zum Verwaltungs-, Wirtschafts- und Kommunikationszentrum. In den äußeren Bezirken, die sich bogenförmig um die Kernstadt bis zur Stadtmauer anlagerten, bot der privatisierte Kirchenbesitz zunächst genügend Raum. Bis Ende der siebziger Jahre verschwand nach und nach die gesamte innerhalb der Umwallung gelegene landwirtschaftlich genutzte Fläche.<sup>7</sup> Mit zunehmender Bevölkerung sowie verbesserten Verkehrs- und Kommunikationsbedingungen begann in den fünfziger Jahren der Auszug in die Vororte, die Wohnraum und Arbeitsplätze in neu gegründeten Industriebetrieben boten. Keiner dieser Ortschaften gelang es jedoch, sich unabhängig vom alten Stadtzentrum zu entwickeln, das vielmehr seinen Standortcharakter als Wirtschafts-, Finanz- und Kommunikationsknotenpunkt ausbauen konnte.<sup>8</sup> Als die Stadt 1881 das gesamte Terrain der militärisch inzwischen nutzlos gewordenen Befestigungsanlagen kaufen und die seit den sechziger Jahren dringend notwendig gewordene Stadterweiterung und Eingemeindungen einleiten konnte, blieb die zentralistische Ausrichtung auch in der größeren, aber weiterhin konzentrischen Stadt erhalten.

Die Kölner lebten in einer entbundenen Gesellschaft. An die Stelle der Ständegesellschaft des 18. Jahrhunderts war in kaum zwei Jahrzehnten eine gewerbliche Übergangsgesellschaft mit großen sozialen Unterschieden getreten. Auch wenn sie sich noch deutlich von der Klassengesellschaft der Hochindustrialisierung des späten 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts unterschied, sah sie sich mit drängenden Herausforderungen konfrontiert. Das Bürgertum, der Patrizier und Großbürger, der bürgerliche Unternehmer, der »Kapitalist« und »Speculant«, aber auch der Techniker, Ingenieur und Handwerker, drückte mit seinem Gewerbefleiß, Wagemut und

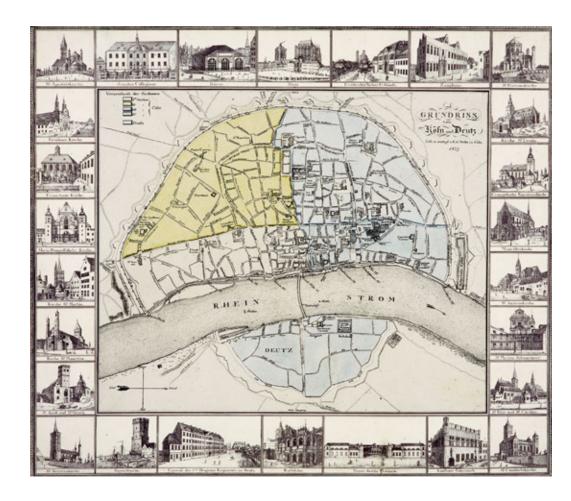


Abb. 1 Grundriss von Köln und Deutz, umrahmt von Ansichten Kölner Bauwerke. Farbige Lithographie von Friedrich August Mottu, 1827.

Fortschrittsglauben der Gesellschaft seinen Stempel auf. Nicht mehr »die Strahlen der Sonne« vertrieben »die Nacht«, wie es in Wolfgang Amadeus Mozarts »Zauberflöte« (1791) hieß. Das Gaslicht ermöglichte den zwölfstündigen Arbeitstag in Werkstatt und Fabrik. Die Veränderung der sozialen Strukturen und Lebensverhältnisse, die die rasche Industrialisierung seit den vierziger Jahren begleitete, lässt sich in besonderer Weise in Köln beobachten. Wir können sehen, wie die Fabrikarbeiter in Bayenthal oder die Kinder in den Stecknadelfabriken lebten, wie sich die Frauen an der

4 Einleitung Einleitung 5

# Preußische Besitzergreifung und erste Nachkriegsjahre

Es sei nun offizielle Gewißheit, uns ist das Loos geworden, einem großen Staate anzugehören. Dies meldete die Kölnische Zeitung am 25. Februar 1815 mit Berufung auf den Bericht einer Berliner Zeitung, der erstmals Einzelheiten der Beschlüsse des Wiener Kongresses enthielt.¹ Einen Tag später titelte der Kölner »Verkündiger«: Unser Schicksal wäre also entschieden!² Auch Generalgouverneur Johann August Sack informierte am 25. Februar den Kölner Bürgermeister Johann Jacob von Wittgenstein, daß Cöln dem Königreiche Preußen anheim fallen werde. Noch bevor Sacks Schreiben gegen Abend in Köln eintraf, hatte Wittgenstein gegenüber Sack bereits Kölns Loyalität beteuert und die Hoffnung auf Wiedererlangung unsrer ehemaligen Wohlfahrt ausgesprochen. Sack, aus Kleve stammend und sich zu den älteren Preußen zählend, leitete seit März 1814 im Auftrag der Alliierten die Zivilverwaltung am Niederrhein. Er versicherte den Kölnern, König Friedrich Wilhelm III. habe Herzlichkeit und Zutrauen verdient.³

Innerhalb von zwanzig Jahren waren die Kölner damit zum zweiten Mal mit einem Herrschaftswechsel konfrontiert, dessen Risiken, aber auch Chancen nicht absehbar waren. Die französische Verwaltung, die von 1794/98 bis zum 14. Januar 1814 die Geschicke der Stadt gelenkt hatte, hatte in allen Lebensbereichen, im Verwaltungs-, Rechts- und Kirchenwesen grundlegende Neuerungen in Gang gebracht. Der Historiker Klaus Müller geht davon aus, dass es keine Phase der Kölner Stadtgeschichte gebe, »in der die Bevölkerung tiefgreifendere Veränderungen hinnehmen musste als in den zwanzig Jahren unter französischer Herrschaft«.<sup>4</sup> Nichtsdestoweniger waren mit der preußischen Besitzergreifung alle Regeln und alle wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Institutionen erneut infrage gestellt.

Die ersten Jahre der preußischen Herrschaft am Rhein waren vor allem durch die administrative Eingliederung in den preußischen Staat bestimmt, die sich – so die Zusagen König Friedrich Wilhelms III. – unter *Zuziehung* der Einwohner<sup>5</sup> und im Rahmen einer auch verfassungsmäßigen Reform des preußischen Gesamtstaats vollziehen sollte. Als der König im Juli 1816 eine Immediat-Justiz-Kommission in Köln einrichtete, die das von Frankreich übernommene Rechts- und Gerichtswesen prüfen sollte, bekräftigte er, dass *zu rasche Abänderungen zu vermeiden* seien und *dasjenige zu achten* sei, was sich am Rhein *Gutes finden möchte*.<sup>6</sup> Da Preußen jedoch bis 1848 ein verfassungsloser Obrigkeits- und Militärstaat blieb und in zentralen Bereichen Mitsprache und Mitgestaltung verweigerte, waren politische Konflikte unvermeidlich.

In der lange noch unübersichtlichen Umbruchsituation wurde in Köln der Wunsch, wieder Reichsstadt zu werden, genauso laut wie der Ruf nach Beschränkung der Gewerbefreiheit und zumindest teilweiser Rückgängigmachung der Säkularisation. Vergeblich werden wir unsere Hand ausstrecken nach der Vergangenheit: sie wird nicht wieder kehren! mahnte bereits im Mai 1814 ein patriotischer Kölner in einer dem Bankier Abraham Schaaffhausen gewidmeten Schrift. Durch die sorgfältige Benutzung dessen, was im Geiste der Zeit der Stadt geboten werde, könne sich der Kölner Handel wieder vom Landkram zum Welthandel entwickeln, nicht jedoch durch Handwerksgeist und Zunftgeist, nicht durch das Nichtmerkenwollen auf die Zeichen der Zeit.<sup>7</sup> Auch wenn eine vollständige Wiederherstellung der vorfranzösischen Zustände offensichtlich von keiner Seite gefordert wurde, mussten die Stadt und ihre Bewohner ihr Verhältnis zur neuen preußischen Herrschaft, aber auch zur französischen Modernisierung und zu den reichsstädtischen Traditionen neu bestimmen.

Die ersten Nachkriegsjahre waren eine Zeit der nachholenden Identitätsbildung. Die anfängliche Unsicherheit, das Tasten und Schwanken wich einem zunehmenden Selbstbewusstsein. Diese Entwicklung lässt sich insbesondere anhand der zahlreichen Petitionen und Denkschriften nachvollziehen, die Stadtrat und Handelskammer zwischen 1815 und 1819 an den König richteten. Es begann sich in Umrissen ein rheinischer verfassungsund rechtspolitischer Konsens herauszubilden, der sich durch die positive Bezugnahme auf wesentliche Elemente des westeuropäischen Konstitutionalismus und durch die Abgrenzung von (Alt-)Preußen definierte. Er manifestierte sich zum ersten Mal in der Verfassungsbewegung von 1817/18. Man hielt am Rhein an wesentlichen Teilen des französischen Erbes fest, der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit vor dem Gesetz und der Verwal-

tung, der französischen Kommunalverfassung und selbst der Gewerbefreiheit, auch wenn immer wieder Forderungen nach die Konkurrenz beschränkenden Sicherheiten laut wurden. Zu einem wichtigen Bezugspunkt wurde das französische Rechts- und Gerichtswesen, mit dem öffentlichen und mündlichen Verfahren, den Geschworenen der Assisengerichte und den ebenfalls mit Laien besetzten Handelsgerichten. Was die Franzosen in zwanzig Jahren nicht schafften, notierte Sulpiz Boisserée bereits unter dem 8. Juni 1815 als Ausspruch eines kölnischen oder jülichschen Bauern, das hätten die Preußen in ½ Jahr [hin]gekriegt: daß wir die Franzosen gern zu haben gelernt.<sup>8</sup>

#### a. »... und nenne Euch Preußen!«

38

Auf dem Wiener Kongress zogen die gegen Napoleon I. verbündeten Mächte, vor allem Russland, Großbritannien und Österreich, die politischen Grenzen in Europa neu. Das Rheinland und Westfalen wurden Teil der preußischen Monarchie. Weder hat die preußische Regierung dies unbedingt gewollt, noch wurden die Rheinländer oder die Bewohner anderer betroffener Landstriche befragt. Preußen hätte sich lieber ganz Sachsen einverleibt, statt nur die Provinz Sachsen, das heutige Bundesland Sachsen-Anhalt. Noch im Dezember 1814 hatte der preußische Staatskanzler Karl August Fürst von Hardenberg deshalb vorgeschlagen, das westliche Rheinland dem sächsischen König als Gebietsausgleich zuzuweisen – mit Bonn als Residenz. Erst am 8. Februar 1815 gab Preußen dem Drängen Österreichs und Großbritanniens nach, die beide im Westen Deutschlands Preußen als starke Macht gegen Frankreich installieren wollten.<sup>9</sup> Außer seinen alten Gebieten Kleve, Moers, Geldern, Essen und Werden sowie dem Großherzogtum Berg erhielt Preußen das nördliche Rheinland mit den ehemaligen Reichsstädten Aachen und Köln, den Mosel- und Hunsrückraum mit Koblenz und Trier sowie nach dem zweiten Pariser Frieden im November 1815 das Saargebiet. Durch die Eroberung Schlesiens und die Polnischen Teilungen Großmacht geworden, erstreckte sich Preußen nun von der russischen bis an die französische Grenze, von der ostpreußischen Stadt Memel bis Saarbrücken, allerdings bis 1866 nicht in einem geographisch zusammenhängenden Staatsgebiet, vielmehr unterbrochen durch Gebiete des Königreichs Hannover, des Herzogtums Braunschweig und Kurhessens.

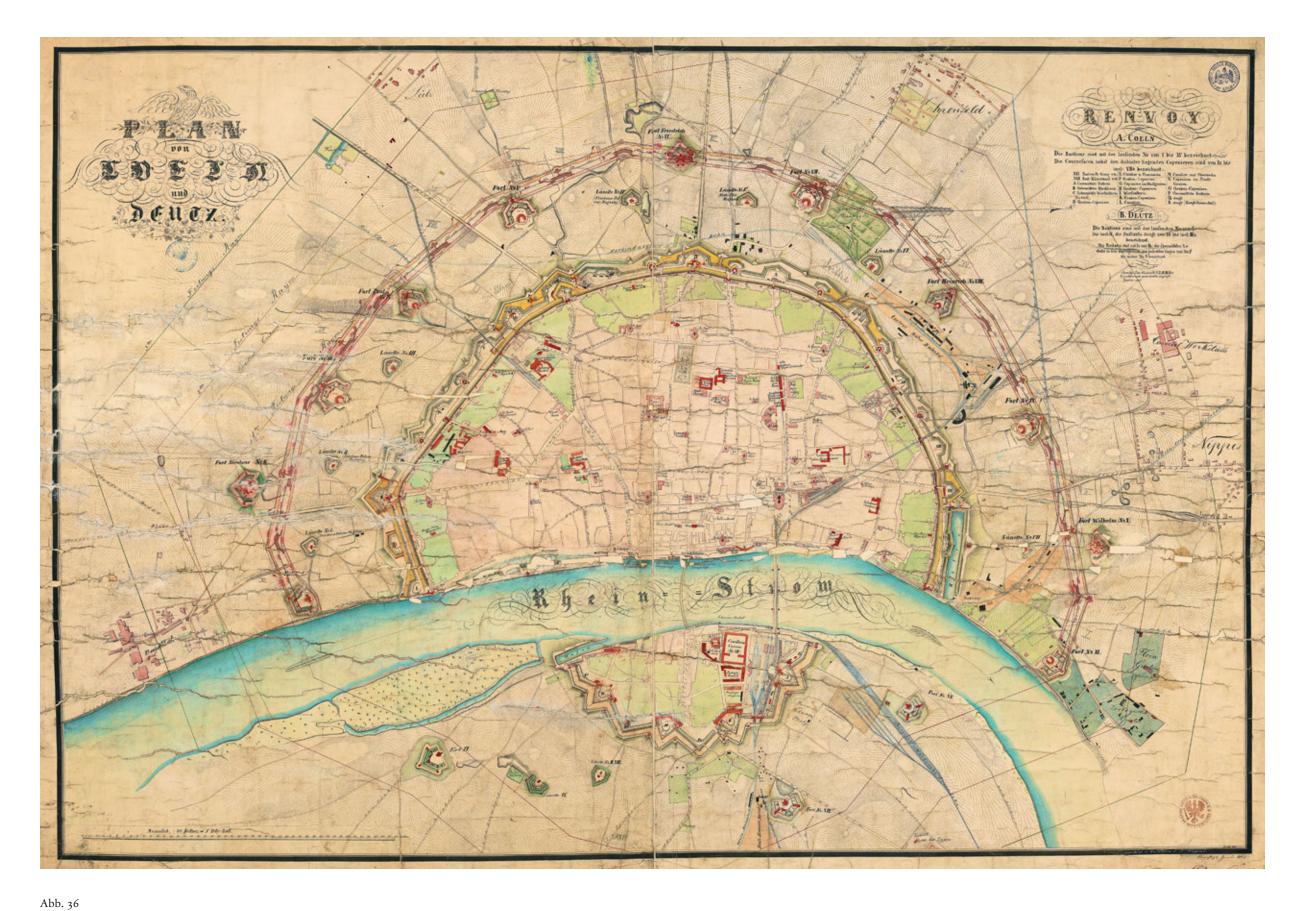
Am 5. April 1815 nahm König Friedrich Wilhelm III. offiziell Besitz von seinen rheinischen Landesteilen. In einem Besitzergreifungspatent und in



Abb. 9 Britische Karte Preußens. London um 1840. Stahlstich. J. Rapkin (Karte) und Samuel Fisher nach Jaques P. Salomon (Bilder).

einem Aufruf versprach er den Neupreußen am Rhein (... und nenne Euch Preußen!) Schutz gegen äußere Gefahr, Schonung der Religion und Beteiligung der Bürger an der Steuerfestsetzung: Ihr werdet gerechten und milden Gesetzen gehorchen. Eure Religion, das Heiligste, was dem Menschen angehört, werde ich ehren und schützen [...] Ich werde einen bischöflichen Sitz, eine Universität und Bildungsanstalten für eure Geistlichen und Lehrer unter euch errichten. Die Steuern sollten unter Zuziehung der Einwohner regulirt und festgestellt werden. Und auch der Appell an den patriotischen Geist fehlte nicht: Diese deutschen Urländer [...] sind die Vormauer der Freiheit und Unabhängigkeit Deutschlands. Kurze Zeit später, am 22. Mai, sagte der König ausdrücklich eine Verfassung zu, eine schriftliche Urkunde, als Verfassung des Preußischen Reichs, und eine Repräsentation des Volks. Zu diesem Zeitpunkt befand sich Europa bereits wieder im Krieg. Napoleon I. hatte am

39



Plan von Köln und Deutz mit Lage der öffentlichen Gebäude und der Festungsbauten. Kolorierte Handzeichnung von

### Die Revolution von 1848/49

Die französische Revolution von 1848 überraschte die ganze Welt. Am 24. Februar wurde nach kurzen, heftigen Barrikadenkämpfen in Paris der französische König zur Flucht gezwungen. Die »Kölnische Zeitung« berichtete einen Tag später erstmals in einem Extrablatt über Unruhen in Paris und brachte am folgenden Tag die sensationelle Nachricht, dass der Thron des französischen Königs öffentlich verbrannt und in Frankreich die Republik proklamiert worden war. Die Nachricht vom gelungenen Aufstand in Frankreich setzte die Revolution in Deutschland und in anderen europäischen Ländern in Gang.

Auf einem Ball des Zuckerfabrikanten Jakob vom Rath kam plötzlich als schreiender Mißton in die heiteren Klänge eines [...] Walzers die bedeutsame Nachricht, daß in Frankreich die Republik proclamirt sei, erinnerte sich fünfzig Jahre später der Richter Karl Schorn. Das fröhliche Köln ließ sich in seinem Carneval nicht stören. Am 2. März (Weiberfastnacht) war ... [Kostüm-]Ball bei dem Kaufmann Philipp Engels, am Samstag, den 4. März, der übliche Casinoball, am Sonntag große Kappenfahrt, und am Rosenmontag – bei herrlichstem Wetter – ein brillanter Maskenzug durch die Straßen der Stadt, und Abends Kostümball auf dem Gürzenich, am Dienstag Ball; alles in hergebrachter Carnevalsfreude.¹ Aber – auch wenn Schorn sich daran nicht mehr erinnern wollte – man sparte nicht mit politischen Anspielungen. Unmittelbar bevor der Rosenmontagszug am 6. März vom Neumarkt loszog, ließ man »Hanswurst«, die damals zentrale Figur des Kölner Karnevals, in einem großen, mit Gas gefüllten Luftballon in den Revolutionsfarben Schwarz-Rot-Gold aufsteigen.²

In Süddeutschland kam es schon Ende Februar zu großen öffentlichen Volksversammlungen mit Tausenden von Teilnehmern. Insbesondere die Mannheimer Volksversammlung vom 27. Februar setzte ein Fanal. Die dort beschlossenen vier Forderungen – Volksbewaffnung, Pressefreiheit, Schwurgerichte und ein deutsches Nationalparlament – entfalteten als »Märzforderungen« auch am Rhein enorme Wirkung. Zusammengenommen bedeuteten sie die Abschaffung der monarchischen Ordnung des seit 1815 bestehenden Deutschen Bundes. Die Zusagen der neuen französischen Regierung, ein Nationalparlament einzuberufen und jedem männlichen Staatsbürger das Wahlrecht einzuräumen, waren sogar schon einige Tage vorher an die Öffentlichkeit gelangt.

Die Revolution in Preußen begann am 3. März, einen Tag nach Weiberfastnacht, in der Rheinprovinz gleichzeitig in mehreren Städten. Abends versammelten sich in Aachen Advokaten und jüngere Ärzte, die sich für eine Verfassung aussprachen. In Düsseldorf berieten rund fünfhundert Männer eine Petition mit liberalen Forderungen.3 In Köln fanden mehr oder weniger parallel vier politische Veranstaltungen statt. Nachmittags kam der Kölner Gemeinderat zusammen und beratschlagte bis tief in die Nacht über die politischen Zugeständnisse, die er vom preußischen König erbitten wollte. Nach längerer Debatte rang sich die Mehrheit der Ratsmitglieder auf Vorschlag des Arztes Heinrich Claessen dazu durch, die schleunige Einberufung des Vereinigten Landtages zu fordern. Die Forderung zielte darauf, die Rechte der seit den zwanziger Jahren bestehenden Provinziallandtage zu erweitern und damit einen ersten Schritt zur Parlamentarisierung Preußens einzuleiten. Darüber hinaus forderten sie die sofortige Aufhebung der Censur und die Erweiterung des Wahlgesetzes (auf einer möglichst umfassenden Grundlage). Sie traten aber nicht für ein allgemeines Männerwahlrecht ein. Carl D'Esters Forderung, eine preußische Verfassung zu verlangen, wurde abgelehnt, Franz Raveaux' Antrag auf Volksbewaffnung gar nicht erst beraten.<sup>4</sup> Damit wurden zentrale Forderungen der französischen Februarrevolution und der süddeutschen Bewegung nur sehr eingeschränkt aufgegriffen.

Im Hotel Königlicher Hof trafen sich auf Einladung David Hansemanns liberale Landtagsabgeordnete. Sie einigten sich ebenfalls darauf, eine liberale Fortentwicklung auf der Basis des Vereinigten Landtags anzustreben. Die Zugeständnisse, die die Liberalen 1847 nicht erhalten hatten, wollten sie nun durchsetzen. Gegen Abend versammelten sich – schon Tags vorher [...] von Mund zu Mund angekündigt – im Domhotel Albert Harffs rund siebenhundert Kölner Bürger, Gebildete, meist jüngere Leute. Gemäßigte Liberale und extreme Demokraten, die sich in Köln bei allen Gemeinsamkeiten als unterschiedene politische Strömungen bereits seit den frühen vierziger Jahren zu entwickeln begonnen hatten, rangen in der turbulen-

ten, den ganzen Saal Kopf an Kopf füllenden Versammlung um einen gemeinsamen Forderungskatalog.<sup>8</sup> Entschiedener als die Mehrheit der Gemeindeverordneten und entschiedener als die liberalen Landtagsabgeordneten drängte diese Bürgerversammlung auf eine Parlamentarisierung Preußens und auf die Herstellung deutscher Einheit. Es wurden ein allgemeines Wahlrecht und allgemeine Wählbarkeit in Gemeinde und Staat gefordert.<sup>9</sup> Auch der Häutegroßhändler Gustav Mallinckrodt, ein gemäßigter Liberaler, unterstützte die Forderungen. Der Strom, der einmal eingebrochen war, war nicht zu hemmen, schrieb er seinem Sohn.<sup>10</sup> Die Versammlung beschloss eine Petition an den König, die in der Stadt zur Unterschrift ausgelegt werden sollte. Sie verschwand in der Nacht, vermutlich war sie einigen Teilnehmern dann doch zu weit gegangen.

Die spektakulärste Aktion an diesem Tag stellte eine Demonstration von Kölner Handwerkern und Arbeitern dar, die von der Südstadt kommend vor dem Rathaus aufzog. Die Teilnehmer, zunächst nur einige Hundert, später zwei- bis fünftausend, trugen - dem Ernst des Ereignisses angemessen – Sonntagskleidung. 11 Geführt wurden sie von dem Arzt Andreas Gottschalk, den ehemaligen Offizieren Friedrich Anneke und August Willich und dem Schriftsteller Nikolaus Hocker. Alle vier trafen sich seit 1847 in einem kleinen Kränzchen von lauter Communisten, 12 das sich bei Anneke und seiner Frau Mathilde versammelte. Sie waren Mitglieder des Bundes der Kommunisten, einer Geheimorganisation von wandernden Handwerkern und emigrierten Intellektuellen, die sich im Juni 1847 in London aus älteren deutschen Geheimbünden gebildet hatte. Für sie hatte Karl Marx das »Manifest der Kommunistischen Partei« verfasst, das vor Beginn der Revolution gedruckt worden war. Aber im Gegensatz zu anderen mit Karl Marx befreundeten Kölner Radikalen wie dem Arzt Carl D'Ester und dem Juristen Hermann Becker, dem späteren Kölner Oberbürgermeister, vertraten sie eine eher sozialrevolutionäre Position, indem sie die sozialen Ansprüche der Arbeiter über die verfassungspolitischen Reformen stellten. Für Sulpiz Boisserée, Kunstsammler und Förderer des Dombaus, handelte es sich lediglich um communistische Umtriebe.13

Die Arbeiterdemonstration war genauso wie das Vorgehen der städtischen Honoratioren seit Tagen vorbereitet worden. Zahlreiche Arbeiter hatten sich, wie das »Frankfurter Journal« zu berichten wusste, bereits vor dem 3. März abends in abgelegener Scheune versammelt. Dort sollen communistische Lehren und Gewaltanwendung gepredigt worden sein. <sup>14</sup> Polizeispitzel wollen in Versammlungen am 28. Februar und am 1. März rund 130 Teilnehmer gezählt haben.

Raveaux erwarb sich im Vorparlament und dann auch in der Paulskirchenversammlung großes Ansehen als Parlamentarier. Als rund fünfzig Abgeordnete, unter ihnen auch die Kölner Carl D'Ester und Heinrich Bürgers, den Sitzungssaal des Vorparlaments verlassen wollten, nachdem ein radikaler Antrag abgelehnt worden war, erklärte Raveaux: *Ich halte gerade den für den freisinnigsten Mann, der seine individuelle Ansicht der Mehrheit unterwirft (Bravo)*. Seine in der dritten Sitzung des Vorparlaments am 2. April gehaltene Rede, in der er forderte, sich einer Mehrheit prinzipiell zu unterwerfen, wurde als Beginn eines demokratischen Selbstverständnisses im Parlament gefeiert. Compes wurde einer der Väter der Paulskirchenverfassung, und Mevissen war Unterstaatssekretär im Reichshandelsministerium, bis er im November 1848 die Direktion des zu einer Aktienkreditbank umgewandelten Bankhauses Abraham Schaaffhausen übernahm.

## c. Der »rasende Enthusiasmus des Augenblicks« im Sommer 1848

Nach der euphorischen Aufbruchstimmung im Frühjahr kam es bereits im Sommer 1848 in der Domstadt zur Zerreißprobe. Während einerseits die sozialen Spannungen wuchsen und Arbeiter und Demokraten sich zunehmend radikalisierten, wurde andererseits der Ruf nach Ruhe und Ordnung lauter. Unter dem Druck der politischen und gesellschaftlichen Problemlagen wurden die Gräben zwischen Sozial-, Bürger- und Volksbewegungen wieder breiter.

Zunächst radikalisierten sich im Juni nach Vorfällen in Paris und Berlin die Kölner Sozial- und Arbeiterbewegungen. Am 14. Juni plünderte in Berlin eine große Menschenmenge das Zeughaus. Eine Woche später brach in Paris ein spontaner Arbeiteraufstand aus, der nach mehrtägigen blutigen Kämpfen von der republikanischen Regierung zurückgeschlagen wurde. Hatten Kölner Handwerker und Arbeiter auf ihren Versammlungen im April noch beschlossen abzuwarten, was binnen Kurzem in Frankfurt im Allgemeinen über Deutschland bestimmt werde, 93 hatte sich ihre Geduld mit wachsender Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit rasch erschöpft. Die sozialen Spannungen nahmen zu, und die Gewaltbereitschaft wuchs. Während einer gewerblichen Protestversammlung am 28. Juni schleuderte ein Arbeiter den Rednern entgegen: Wir müssen Arbeit haben, wir können nicht länger warten. Ihr wollt nur für Euch sorgen und nicht für die Arbeiter. Euch soll ein Donnerkiel holen!94 Die Leistungen der liberalen Märzregierung ge-

6. Die Revolution von 1848/49 239 6. Die Revolution von 1848/49 263

rieten in Misskredit, und Enttäuschung machte sich über die Verfassungsparlamente breit. Auch die sogenannten Volksvertreter in Frankfurt und Berlin thun Nichts für uns, rief ein Handwerker in die Generalversammlung des Kölner Arbeitervereins am 4. Juni im Gürzenich, sie taugen zu Nichts, als zu leerem Phrasenfabriziren und zum gut Essen und Trinken.95 Gegen Gerichtsvollzieher und Zwangsvollstreckungen entwickelte sich eine Art Volksjustiz, 96 die von den bürgerlichen Schichten als um sich greifende Gesetzlosigkeit wahrgenommen wurde. Es ist soweit gediehen, daß gerichtliche oder Zwangsverkäufe in Köln z. B. nicht mehr möglich sind, berichtete die »Deutsche Zeitung« im Juni 1848, die mit dem Verkaufe beauftragten Gerichtsvollzieher sind mißhandelt und verjagt, die extrahirenden Gläubiger hat, wo sie zugegen waren, dasselbe Loos getroffen, die abgepfändeten Effekten und Waaren sind gewaltsam fortgetragen.97 Während die traditionelle Ordnungsmacht, die Polizei, zu schwach war, war die neue Macht, die Bürgerwehr, teilweise nicht gewillt einzuschreiten, aus Verständnis und Solidarität, aber auch aus Furcht vor Konflikten.

Der Arbeiterverein und dessen charismatische Führungsfigur, Andreas Gottschalk, gaben mit der unbestimmt bleibenden Forderung nach einer »Republik« der Unzufriedenheit und den Hoffnungen ein Ziel. Am 4. Juni forderte Gottschalk – in Vorbereitung eines zehn Tage später in Frankfurt am Main stattfindenden Kongresses der Demokraten-, Arbeiter- und Turnvereine - erstmals öffentlich eine republikanische Verfassung. Zur Vereinsversammlung am 25. Juni erschienen zweitausend Mitglieder des Arbeitervereins mit roten Bändern in den Knopflöchern. Unter den Arbeiterradikalen war die Farbe Rot an die Stelle von Schwarz-Rot-Gold getreten und sollte den Forderungen nach Arbeit und Republik Ausdruck verleihen. Stürmisch forderte die Menge ein Losschlagen. Gottschalk, der wesentlich zu dieser revolutionären Stimmung beigetragen hatte, sah sich zu einem gefährlichen Taktieren gezwungen: Es werden gewiß nicht viele Monate vergehen bis zu dem Augenblicke, wo Deutschland nicht mehr ein geknechtetes, zerrissenes und armes Land [...] sondern wo es eine einige freie Republik sein wird. Den Demokraten Karl Schneider und Carl Cramer, aber auch Karl Marx und selbst Gottschalk war allein schon angesichts des Festungscharakters der Stadt Köln an einer Eskalation der Gewalt nicht gelegen. Die Revolution, die vor den Thronen halt gemacht hatte, schien nur um den Preis eines Aufstandes, der in Köln in einem Blutbad enden musste, zur Republik geführt werden zu können. Gottschalk versuchte, seine Anhänger zu vertrösten und hinzuhalten. Er erklärte am 25. Juni deshalb zugleich: Von Berlin hängt alles ab; für uns aber ist es notwendig zu

warten. 98 Er gab zu bedenken, daß eine Provinzialstadt nie eine Revolution, immer nur einen Krawall, eine Revolte machen könne. 99 Aber Gottschalk konnte die Geister des Aufruhrs nicht bannen, ohne sich zugleich bloßzustellen. Am 27. Juni zogen Arbeiter mit einer großen roten Fahne durch die Stadt und sangen Freiheitslieder. 100 Wie der Zweite Festungskommandant Oberst Engels am selben Tag berichtete, wurde Gottschalk immer heftiger angegriffen, weil er die Entscheidung immer noch aufschiebe. 101

Nach der blutigen Niederschlagung des Pariser Arbeiteraufstands griffen auch die preußischen Behörden zu und verhafteten am 3. Juli Gottschalk, Anneke und weitere Führer des Arbeitervereins. Damit konnten die Justizund Regierungsbehörden der wachsenden Radikalisierung ein vorübergehendes Ende setzen. Über die Gründe, die zur Verhaftung Gottschalks geführt haben sollen, verbreiteten sich völlig aus der Luft gegriffene Gerüchte. Nachts soll er militärische Übungen abgehalten sowie drei Guillotinen und vier Tonnen Gold besessen haben. Der Geschworenenprozess gegen Gottschalk und Anneke wurde monatelang verschleppt und endete im Dezember 1848 mit einem Freispruch.

Parallel – und auch im Gegensatz – zur Radikalisierung der demokratischen und Arbeiterbewegung wurde die Grundrechtsdebatte in der Frankfurter Paulskirche auch am Rhein zum Anlass für eine breite kirchenpolitische Bewegung. Die Grundrechte, die am 27. Dezember 1848 als Gesetz verkündet wurden, griffen tief in die Verhältnisse der Kirchen ein. Betroffen waren das Verhältnis von Staat und Kirche im Allgemeinen, die kirchliche Schulaufsicht, die Glaubens- und Gewissensfreiheit und das Verhältnis der Konfessionen und Abspaltungen untereinander. Die kirchenpolitischen Debatten lösten zunächst im Sommer und dann erneut im Herbst 1848 breite Petitionsbewegungen aus. Im Juni forderten in Köln fast fünftausend und in anderen rheinischen Städten ebenfalls Tausende von Menschen die *Unabhängigkeit der Kirche vom Staat*. Die Petitionsbewegungen waren Ausdruck eines relativ breiten Konsenses unter den rheinischen Katholiken in kirchenpolitischen Fragen. Jede Einmischung des Staates in innere Angelegenheiten der Kirche wurde abgelehnt.

Einen wichtigen Anteil an diesen Petitionsbewegungen hatten katholische Laien, die sich in Köln im Juni 1848 im Pius-Verein zusammenschlossen. Unterstützt von der katholischen Amtskirche gelang es ihnen auch in den folgenden Monaten immer wieder, die katholische Öffentlichkeit zu mobilisieren. Im Gegensatz zu zahlreichen anderen deutschen Katholikenvereinen der Revolutionszeit beschränkte sich der Kölner Pius-Verein jedoch nicht auf kirchenpolitische Fragen. Er setzte sich vielmehr

zum Ziel, alle politischen und sozialen Fragen [...] vom katholischen Standpunkte aus behandeln zu wollen. <sup>103</sup> Der Porträtmaler Friedrich Baudri, Bruder des Kölner Generalvikars, sprach sich im Oktober 1848 auf dem ersten Katholikentag in Mainz deshalb gegen ein passives Verhalten der Katholiken und des katholischen Vereins aus. Denn unzweifelhaft komme den Katholiken der Beruf zu, die gesetzliche Ordnung im Bunde mit der Freiheit herzustellen und zu schützen. <sup>104</sup> Im Frühjahr 1849 gewann innerhalb des Kölner Pius-Vereins angesichts einer drohenden preußisch-kleindeutschen Lösung der Nationalfrage sogar ein großdeutscher Radikalismus kurzzeitig die Oberhand.

Das politische Meinungsspektrum war innerhalb des Kölner Pius-Vereins von Anfang an sehr breit. Dem *unbeteiligten Dritten* soll es – so Hermann Becker in der Leipziger »Deutschen Allgemeinen Zeitung« – sogar *unentwirrbar* gewesen sein. <sup>105</sup> Neben einer Mehrheitsströmung, die entschieden katholisch und gemäßigt konstitutionell war, gab es auch demokratische Stimmen. In einem Leitartikel der »Rheinischen Volkshalle« sprach sich der Redakteur Ferdinand Marquard für die *eigentlich demokratische* Partei aus und proklamierte die Revolution als *noch lange nicht zu Ende*. <sup>106</sup> Marquard wurde daraufhin aus der Redaktion entlassen. Einige Mitglieder des Pius-Vereins waren aber auch im Kölner Bürgerverein führend tätig, wie der Geistliche Eugen Theodor Thissen (1813–1877), zunächst Pfarrverwalter und seit 1849 Pfarrer zu St. Jakob. Anfang September 1848 soll er sich dagegen verwahrt haben, *das Land wieder mit Klöstern zu überschwemmen*. Anderen Piusmitgliedern war dieses Entgegenkommen gegenüber dem liberalen Zeitgeist ein Dorn im Auge. <sup>107</sup>

Geistliche spielten im Kölner Pius-Verein eine ungleich geringere Rolle als in anderen rheinischen Katholikenvereinen. Das Bild bestimmten in der Öffentlichkeit etablierte Juristen wie der Appellationsgerichtsrat Friedrich Wilhelm Gräff, von November 1848 bis 1851 kommissarischer Oberbürgermeister Kölns, ferner eingesessene Kaufleute und einige jüngere Akademiker. Trotzdem arbeiteten auch im Kölner Pius-Verein eine Reihe von Geistlichen mit, vor allem jüngere Kapläne und einige populäre Pfarrer. Die jungen Geistlichen fühlten sich, wie es Adolph Kolping, zunächst Kaplan in Elberfeld und seit März 1849 Domvikar in Köln, formulierte, durch die Umstände [...] gewissermaßen mit Gewalt ins Volk geworfen. Dem jungen Königswinterer Kaplan Leonhard Ennen, ab 1857 Archivar und Bibliothekar der Stadt Köln, waren die Pius-Vereine wiederum zu vormodern-klerikal. Er hielt weder die alten verrosteten Waffen der Kirche noch die Lesevereine, Piusvereine, frommen Bruderschaften für tauglich, um



Abb. 62

Festzug zum Kölner Dombaufest am 14. August 1848.

Holzstich nach Georg Osterwald. Illustrirte Zeitung, Leipzig, vom 1. Oktober 1848.

Auf dem Dom weht neben dem Baukran die schwarz-rot-goldene Fahne.

den kernigen Bürger- und gebildeten Mittelstand zu gewinnen. Die Kirche sollte auch von dem lebensfreudigen Weltmann, dem Durchgebildeten und Geschäftsmann angenommen werden können.<sup>109</sup>

Inmitten der politischen und sozialen Konfrontationen feierte Köln im August 1848. Der Baubeginn der Kölner Kathedrale jährte sich zum 600.



Abb. 111 Feuerwerk und Illumination zu Cöln. Holzstich, 1845.

mitteilen, dass er es gerne sähe, wenn während Viktorias Anwesenheit in Köln eine Rheinbeleuchtung veranstaltet werde. Der Stadtrat bewilligte daraufhin einen Kredit von 6000 Talern. Und der 65-jährige Steinberger musste sich wieder mit diesen mühevollen, sehr viele Zeit raubenden Festlichkeits-Anordnungen befaßen. Während des Staatsbesuchs demonstrierten die Kölner Demokraten gegen die britische Irlandpolitik.<sup>27</sup>

### b. Religiosität und »Konfessionalisierung«

Die überwiegende Mehrheit der Kölnerinnen und Kölner des 19. Jahrhunderts war religiös, evangelische genauso wie katholische und jüdische. Es ist sogar davon auszugehen, dass sich ihre religiösen Überzeugungen, konfessionellen Identitäten und kirchlichen Bindungen noch festigten. Sie ließen ihre Kinder taufen, nahmen an der Kommunion teil und bekamen ein kirchliches Begräbnis. Selbst die Mehrheit der protestantischen Männer, die eine katholische Kölnerin heirateten, willigte in die katholische Erziehung der gemeinsamen Kinder ein. Im Armenwesen und im Elementarschulwesen räumte die Stadtgesellschaft den protestantischen und vor

allem den katholischen Pfarrern großen Einfluss ein. Als Mitglieder der städtischen Schulkommission übten Geistliche bis 1872 die Schulaufsicht aus. 28 In der offenen Armen- oder Hausarmenpflege lag die Leitung der zunächst zehn, seit 1847 vierzehn Bezirksvereine fast immer in Händen eines katholischen Pfarrers; in den einzelnen Bezirken waren ehrenamtliche Armenväter für die Betreuung der unterstützten Familien zuständig. Seit 1829 ruhten auf dem städtischen Friedhof Melaten Katholiken und Protestanten friedlich nebeneinander. Die jüdischen Einwohner mussten allerdings ihre Toten auf dem Deutzer Friedhof bestatten. 29

Alle Religionsgemeinschaften entwickelten dichte Netzwerke von religiösen und karitativen Einrichtungen und Vereinen. Für Arme, Kranke, Alte und Kinder, deren Fürsorge zum Kernbereich christlicher Caritas wie auch des jüdischen Wohlfahrtswesens zählte, entstand eine Vielzahl von Initiativen und Institutionen. Karitative und kirchliche Einrichtungen wurden mit umfangreichen Schenkungen und Vermächtnissen bedacht. Der Kaufmann und Katholik Richartz, der bereits den Bau des Wallraf-Richartz-Museums finanziert hatte, vermachte der Armenverwaltung 100.000 Taler zur Gründung einer – erst 1872 realisierten – städtischen Irrenanstalt. Köln war allgemein dafür bekannt, dass nirgend so schlecht für Geisteskranke gesorgt wurde. Die unruhigen Kranken sind in Käfigen eingesperrt, die Käfige für Männer und Frauen liegen nebeneinander, nur durch sein Gitter hindurch wird mit dem Kranken verkehrt, beobachtete im Herbst 1854 ein in der Provinzial-Irrenheilanstalt in Siegburg beschäftigter Arzt.<sup>30</sup> Richartz begründete seine Schenkungen vor allem damit, zur Verherrlichung und Erhebung seiner Vaterstadt, aber auch zur Linderung der Noth seiner bedürftigen Mitbürger beitragen zu wollen. Als er 1861 zu Grabe getragen wurde, war fast die ganze Bevölkerung der Stadt auf den Beinen.31

Andere, ähnlich großzügige Spender und Legatoren stellten ausdrücklich religiöse Motive heraus oder förderten unmittelbar kirchliche Einrichtungen. So stiftete der Kaufmann Franz Heinrich Nikolaus Franck fast sein gesamtes Vermögen für den Bau und die Instandsetzung von katholischen Kirchen, allein 80.000 Taler für den neugotischen Wiederaufbau der katholischen Pfarrkirche St. Mauritius, die 1865 eingeweiht wurde, und 20.000 Taler für den ebenfalls neugotischen Neubau der Pfarrkirche in Rodenkirchen.<sup>32</sup> De Noëls Witwe Maria Juliana (1787–1861), geb. von Haupt, machte der katholischen Kirche umfangreiche Schenkungen und richtete auf ihre alleinige Kosten ein Hospital – das Marienhospital (Stiftung De Noël) – für zwölf unheilbare Kranke männlichen Geschlechtes ein, das sie barmherzigen Schwestern übergab.<sup>33</sup> Aufgrund einer großen Einzelstiftung

b. Religiosität und »Konfessionalisierung« 395



Abb. 112
Synagoge in der Glockengasse, um 1860.
Chromolithographie von J. Hoegg nach einem Aquarell von C. E. Conrad.

von Wilhelmine Joest, geb. Schimmelbusch, Witwe des Zuckerfabrikanten Carl Joest, konnte sich seit 1870 das Clara-Elisen-Stift der Versorgung altersschwacher, hülfloser und unheilbarer kranker Glieder der evangelischen Gemeinde annehmen.<sup>34</sup> Während der Bankier Abraham Oppenheim eine neue, repräsentative Synagoge in der Glockengasse stiftete, ein monumentaler Kuppelbau, der 1861 eingeweiht wurde, ließen die Bankiers Louis und Jakob Löb Eltzbacher ein Isrealitisches Asyl für Kranke und Alterschwache erbauen. Wohl dem, der seine Hand dem Dürft'gen leiht, / Der Herr errettet ihn in böser Zeit! / Der Herr bewahrt ihn zu beglücktem Leben, / Und nie wird er den Feinden preis ihn geben, sangen die jüdischen Gemeindemitglieder 1869 bei der Einweihungsfeier des Asyls.<sup>35</sup> Synagoge und Asyl waren Ausdruck jüdischen Selbstbewusstseins, aber auch jüdischer Integration. Das Asyl demonstrierte "ganz bewusst Verbundenheit und Eingliederung in das städtische Umfeld«.<sup>36</sup> Die "Konfessionalisierung« sozialer Einrichtun-

gen, die das städtische Angebot – in Köln vor allem die Einrichtungen der Armenverwaltung – durch ein Netz privater, konfessionell begründeter, aber häufig überkonfessionell arbeitender Institutionen ergänzte, trug wesentlich zum Ausbau und zur Professionalisierung des Wohlfahrts- und Gesundheitswesens bei.

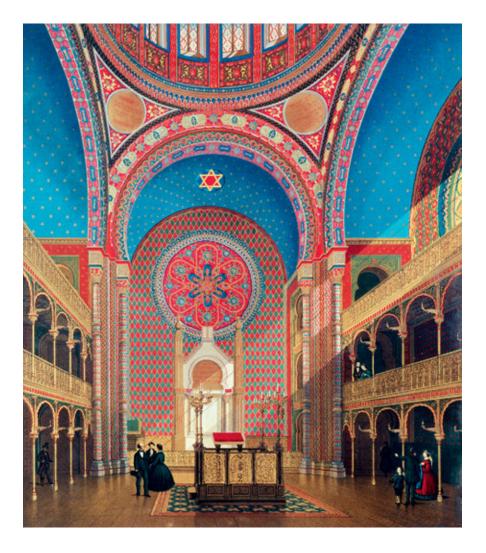


Abb. 113 Inneres der Synagoge in der Glockengasse, um 1860. Kolorierte Lithographie von J. Hoegg nach C. E. Conrad.

396 b. Religiosität und »Konfessionalisierung« 397